

**Nr.**

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**  
an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 13. November 2024

## **Stärkung des Insolvenzschutzes**

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts der jüngsten Insolvenzfälle und der damit verbundenen Unsicherheiten für Tausende Arbeitnehmer:innen ist ein entschlossenes Handeln dringend erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer:innen in Zukunft nicht weiter zur Verfügungsmasse spekulativer Unternehmenspraktiken degradiert werden.

Die aktuellsten Entwicklungen rund um die Insolvenz von Kika/Leiner verdeutlichen auf drastische Weise die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Arbeitnehmer:innenrechte in Krisensituationen. Fälle wie dieser zeigen, dass Unternehmen, die primär der Spekulation dienen, untragbare Risiken auf die Schultern ihrer Beschäftigten abwälzen. Die Angestellten werden zu bloßen Verfügungsmasse degradiert, ohne Rücksicht auf ihre Existenzsicherung.

Während der Insolvenz von Kika/Leiner standen und stehen Tausende von Mitarbeiter:innen vor einer ungewissen Zukunft. Der Fall verdeutlicht, dass das bestehende System des Insolvenzschutzes unzureichend ist, um Beschäftigte vor den Folgen unternehmerischen Missmanagements und spekulativer Geschäftsmodelle zu schützen.

Insbesondere braucht es:

- eine verbesserte Absicherung der Arbeitnehmer:innen in Insolvenzfällen, z. B. durch eine raschere Auszahlung von Insolvenzgeld und eine Erhöhung der Insolvenz-Entgelt-Grenzen.
- schärfere Regulierungen für Unternehmenskäufe und -verkäufe, um spekulative Übernahmen zu verhindern, die am Ende die Beschäftigten in die Insolvenz treiben.
- stärkere Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer:innen in wirtschaftlich kritischen Phasen, um frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.
- strengere Haftung von Eigentümer:innen und Investor:innen, insbesondere bei bewusster Spekulation auf Kosten der Belegschaft.

**Die 182. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:**

**Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien setzt sich bei der Regierungsbildung auf Bundesebene und in allen relevanten politischen Gremien entschieden für eine Stärkung des Insolvenzschutzes ein. Weiters fordert sie die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Insolvenzschutzes zu verbessern und durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass Arbeitnehmer:innen in Insolvenzfällen umfassend geschützt sind.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich